

# TE Vwgh Erkenntnis 2004/5/13 2003/16/0513

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 13.05.2004

## Index

22/01 Jurisdiktionsnorm;

27/03 Gerichtsgebühren Justizverwaltungsgebühren;

## Norm

GGG 1984 §14;

JN §54;

## Betreff

Der Verwaltungsgerichtshof hat durch den Vorsitzenden Senatspräsident Dr. Steiner und die Hofräte Dr. Höfinger und Dr. Thoma als Richter, im Beisein des Schriftführers Mag. Siegl, über die Beschwerde des Dkfm. L in S, vertreten durch Dr. Manfred Winkler, Rechtsanwalt in 1030 Wien, Henslerstraße 3, gegen den Bescheid des Präsidenten des Landesgerichtes Salzburg vom 9. September 2003, Zl. Jv 4653-33/2003-3, betreffend Gerichtsgebühren, zu Recht erkannt:

## Spruch

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Der Beschwerdeführer hat dem Bund Aufwendungen in der Höhe von EUR 381,90 binnen zwei Wochen bei sonstiger Exekution zu ersetzen.

## Begründung

Mit Urteil des Landesgerichtes Salzburg vom 11. Dezember 2001 wurde der beklagte Beschwerdeführer verpflichtet, der klagenden Partei binnen 14 Tagen S 1.000.000,-- samt näher bezeichneten Zinsen zu bezahlen und die Prozesskosten zu ersetzen. Gegen dieses Urteil erhob der Beschwerdeführer am 15. Februar 2002 zur Gänze Berufung. Mit Teilurteil vom 18. November 2002 gab das Oberlandesgericht Linz in der Hauptsache nicht, jedoch in Ansehung von Zinsen und Kosten der Berufung zum Teil Folge. Gegen den das Ersturteil bestätigenden Teil (Hauptforderung S 1.000.000,--) des Berufungsurteils erhob der Beschwerdeführer am 18. Februar 2003 außerordentliche Revision an den Obersten Gerichtshof, der diese mit Beschluss vom 24. April 2003 zurückwies.

Nachdem der am 8. August 2002 eingebrachte Verfahrenshilfeantrag des Beschwerdeführers betreffend die Befreiung von Gerichtsgebühren rechtskräftig zurückgewiesen worden war, forderte der Kostenbeamte des Landesgerichtes Salzburg den Beschwerdeführer mittels Zahlungsauftrages zur Zahlung der Pauschalgebühren nach TP 2 GGG im Betrag von EUR 3.185,-- und nach TP 3 GGG im Betrag von EUR 4.247,-- sowie der Einhebungsgebühr nach § 6 Abs. 1 GEG im Betrag von EUR 7,-- auf. In dem dagegen erhobenen Berichtigungsantrag vertrat der Beschwerdeführer

zusammengefasst den Standpunkt, auf Grund der Währungsumstellung hätten sich die Gerichtsgebühren mehr als verdoppelt. Dies sei gesetzlich nicht gedeckt. Im Hinblick auf den Streitwert seiner Causa von ursprünglich S 1,000.000,-- seien nur Gebühren in der Höhe von EUR 3.371,30 vorzuschreiben.

Mit dem angefochtenen Bescheid wies die belangte Behörde diesen Berichtigungsantrag mit der Begründung ab, nach § 2 Z. 1 lit. c GGG entstehe der Anspruch des Bundes auf die Gebühr für das zivilgerichtliche Verfahren zweiter und dritter Instanz mit der Überreichung der Rechtsmittelschrift. Im vorliegenden Fall sei zu beurteilen, welche Gebühr zum Zeitpunkt der Überreichung der Rechtsmittelschriften zu entrichten gewesen wäre. Die Berufungsschrift sei am 15. Februar 2002 und die Revisionsschrift am 18. Februar 2003 bei Gericht eingelangt. Zur Beurteilung der Gebührenpflicht sei daher das Gerichtsgebührengesetz in der Fassung der Novelle BGBl. I Nr. 131/2001, die mit 1. Jänner 2002 in Kraft getreten sei, heranzuziehen. Bei einem Berufungsinteresse über EUR 72.670,-- bis EUR 145.350,- sei nach TP 2 GGG in der Fassung der genannten Novelle eine Pauschalgebühr von EUR 3.185,-- und nach TP 3 GGG eine solche von EUR 4.247,-- zu entrichten. Der Beschwerdeführer habe sowohl das Berufungs- als auch das Revisionsinteresse mit EUR 72.672,83 s.A. angegeben. Auf Grund des formalen äußeren Tatbestandes falle die Bemessungsgrundlage in den vorgenannten Bereich und seien im Zahlungsauftrag die Gebühren gesetzesgemäß angesetzt worden. Wenn der Beschwerdeführer nun vorbringe, es wäre ihm auf Grund der Währungsumstellung ein Nachteil erwachsen und dies wäre gesetzlich nicht gedeckt, so sei ihm entgegen zu halten, dass er den Nachteil der höheren Gebühr nicht der Währungsumstellung, sondern schlicht der Änderung des Gerichtsgebührengesetzes zu verdanken habe. Dazu sei zu bemerken, dass dann, wenn der Gesetzgeber bei der Änderung des Gerichtsgebührengesetzes gewollt hätte, dass die Bemessungsgrundlagen und die zu entrichtenden Gebühren den früheren Schillingbeträgen entsprächen, er dies auch so durchgeführt hätte. Der Wille des Gesetzgebers sei daher klar und eindeutig gewesen, mit der Novelle BGBl. I Nr. 131/2001 die Bemessungsgrundlagen und die zu entrichtenden Gebühren in der nun geltenden Fassung festzulegen. In den allenfalls daraus erwachsenden Nachteilen durch eine Verteuerung eines Verfahrens könne keine Gesetzeswidrigkeit erblickt werden. Hätte der Gesetzgeber gewollt, dass auf Verfahren, die vor dem 1. Jänner 2002 anhängig gemacht worden seien, das Gerichtsgebührengesetz in der vor dem 1. Jänner 2002 geltenden Fassung anzuwenden wäre, so hätte er dies durch eine Übergangsbestimmung regeln müssen. Da eine derartige Übergangsregelung dem Gerichtsgebührengesetz fremd sei, sei eine Anwendung der vor dem 1. Jänner 2002 geltenden Bestimmungen, wie dies der Beschwerdeführer anstrebe, nicht zulässig.

Gegen diesen Bescheid erhob der Beschwerdeführer zunächst Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, der diese nach Ablehnung ihrer Behandlung mit Beschluss vom 3. Dezember 2003, B 1442/03, dem Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung abtrat.

Der Beschwerdeführer erachtet sich - aus dem Inhalt der ergänzten Beschwerde erkennbar - in seinem Recht auf Unterbleiben einer Gebührenerhöhung durch die Umrechnung von Schilling in Euro verletzt.

Die belangte Behörde erstattete eine Gegenschrift und legte die Akten des Verwaltungsverfahrens vor.

Der Verwaltungsgerichtshof hat in einem nach § 12 Abs. 1 Z. 2 VwGG gebildeten Senat erwogen:

Die Verordnung (EG) Nr. 2866/98 des Rates vom 31. Dezember 1998 über die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten, die den Euro einführen, lautet auszugsweise:

"Der Rat der Europäischen Union -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 109I Absatz 4 Satz 1, auf Vorschlag der Kommission,

nach Stellungnahme der Europäischen Zentralbank,

in Erwägung nachstehender Gründe:

... -

hat folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1

Die unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten, die den Euro

introduce, are:

1 Euro = ...

...

= 13,7603 Austrian Schilling

...

Article 2

This Regulation enters into force on 1 January 1999

This Regulation is binding in all its parts and  
applies directly in every Member State.

..."

According to § 2 Z. 1 lit. c GGG the claim of the Federal Government for the fee for the civil judicial procedure of second and third instance is justified by the submission of the writ of appeal.

According to § 14 GGG is the basis of assessment, insofar as not in the following something else is determined, the value of the subject of dispute according to the provisions of §§ 54 to 60 JN.

According to TP 2 GGG in the version of the Euro-Court Fees Novelle - EGN, BGBl. I Nr. 131/2001, the flat fee for the writ of appeal procedure of second instance at a point of interest over EUR 72,670,- up to EUR 145,350,- EUR 3,185,-, according to TP 3 GGG in the version of the named Novelle for the writ of appeal procedure of third instance at a point of interest over EUR 72,670,- up to EUR 145,350,- EUR 4,247,-.

According to Art. VI Z. 16 first sentence GGG in the version of the EGN are the provisions changed by this Novelle applied to all judgments and administrative acts, with regard to those for whom the claim for the fee is justified after 31 December 2001.

According to § 54 Abs. 1 JN is for the calculation of the value of the subject of dispute for the jurisdictional value determining the time of the filing of the claim decisive. According to Abs. 2 of this provision remain in the value calculation growth, fruits, interest, damages and costs, which as ancillary claims are made geltend, are not taken into account.

If the subject of dispute designated in the claim is a sum of money, so determines exclusively the claimed sum (without ancillary claims) the dispute value and leaves no room for a divergent evaluation by the plaintiff (cf. e.g. Gitschthaler in Fasching, Kommentar zu den Zivilprozeßgesetzen I2, Rz 11 and 19 to § 54 JN mwN).

The complainant takes the value of the subject of dispute laid down by the competent authority as the basis for the appeal and revision proceedings in the amount of EUR 72,672.83 without doubt.

Insofar as the complainant recognizes the illegality of the contested decision in the "non-compliance with the legally prescribed accounting rules" and, in his view, leads to an increase of more than 100 % which would have been justified, he recognizes that his obligation to pay the court fees is not based on the application of "accounting rules" but exclusively on the application of the provisions of the Court Fees Act in the version of the EGN. Only for the sake of completeness it should be pointed out that the complainant's premise for his thesis, that the fees - illegally - would have been increased by more than 100 %, is obviously based on TP 2 and 3 GGG in the version of the Regulation of the Federal Minister of Justice BGBl. Nr. 600/1995 and thus already the setting of these court fees and the basis of assessment by the Regulation BGBl. II Nr. 213/2001, which has been in force since 1 July 2001.

On the other hand, the complainant also states that the EGN provides the basis of assessment (u.a.) in TP 2 and 3 GGG "by the application of the jointly agreed accounting rules and rounding to full euro amounts and to full 10 euros" (cf. the ErläutRV to the named

Novelle, 759 BlgNR 21. GP 31) im Ergebnis zum Teil herabgesetzt wurden, womit im Beschwerdefall der Wert des Streitgegenstandes von EUR 72.672,83 (vormals S 1.000.000,--) nunmehr in die Bemessungsgrundlage über EUR 72.670-- bis EUR 145.350,-- fiel.

Soweit der Beschwerdeführer auch einen Verfahrensmangel in der Verletzung seines rechtlichen Gehörs erblickt, legte er die Relevanz eines allfälligen dahingehenden Verfahrensmangels nicht dar.

Nach dem Gesagten war die Beschwerde gemäß § 42 Abs. 1 VwGG als unbegründet abzuweisen.

Der Spruch über den Aufwandsatz gründet sich auf die §§ 47 ff VwGG in Verbindung mit der VwGH-Aufwandsatzverordnung 2003, BGBl. II Nr. 333.

Wien, am 13. Mai 2004

**European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VWGH:2004:2003160513.X00

**Im RIS seit**

22.06.2004

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)